

Press release
Flensburg, 12.02.2026

SSW-Fraktion fordert strukturelle Neuausrichtung beim Gewaltschutz

„Der Schutz vor Gewalt scheitert in Flensburg immer öfter an der Wohnungsnot. Da Betroffene kaum eigenen Wohnraum finden, bleiben sie länger im Frauenhaus, wodurch Plätze für akute Notfälle blockiert werden.“

Angesichts einer dramatischen Zunahme von Abweisungen schutzsuchender Frauen und Kinder sowie eklatanter Datenlücken im Bereich der häuslichen Gewalt bringt die SSW-Ratsfraktion zwei weitreichende Initiativen in die Gremien der Stadt Flensburg ein. Im Zentrum stehen dabei die gezielte Unterstützung gewaltbetroffener Schwangerer sowie die strukturelle Verankerung von Wohraumkontingenten für Gewaltopfer in der Stadtplanung. Ein besonderes Augenmerk legt die Fraktion auf die oft unsichtbare Notlage gewaltbetroffener Personen während der Schwangerschaft. Bisher liegen der Verwaltung laut einer Antwort auf eine Anfrage der SSW-Ratsfraktion keine konkreten Zahlen zum Umfang dieses Problems vor, obwohl Beratungsstellen bestätigen, dass das Risiko für Partnerschaftsgewalt in der Schwangerschaft ansteigt. Ebenfalls existieren keinerlei verstetigte Unterstützungsangebote seitens der Flensburger Schwangerschaftsberatungsstelle. Der SSW fordert daher eine systematische Erfassung dieser Fälle und die Prüfung verstetigter Beratungs- und Unterbringungsangebote.

Henning Schockemöhle, Mitglied des Gleichstellungsausschusses, erklärt hierzu:

„Es ist eine erschreckende Erkenntnis, dass ausgerechnet in der sensiblen Phase einer Schwangerschaft das Risiko für Partnerschaftsgewalt steigt, wir als Stadt aber keine konkreten Zahlen zum Ausmaß haben. Wir brauchen eine klare Datengrundlage, um passgenaue Beratungsangebote und spezialisierte Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, die über die bereits jetzt völlig überlasteten Kapazitäten hinausgehen. Auch allgemeinere Ansätze

sind kurzfristig nötig. Denn allein in Flensburg gibt es jedes Jahr Abweisungszahlen von gewaltbetroffenen Frauen und Kindern in einer Höhe, welche sich nahe an den gesamten Schutzkapazitäten des Landes Schleswig-Holstein befindet.“

Diese angespannte Situation im Flensburger Frauenhaus verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf: Allein im Jahr 2024 mussten über 430 Frauen und Kinder aufgrund von Platzmangel abgewiesen werden – eine massive Steigerung gegenüber den Vorjahren. Hauptgrund für die Überlastung ist die fehlende Verfügbarkeit von Wohnraum, welche die Verweildauer der Betroffenen im Hilfssystem unnötig verlängert. Die SSW-Fraktion beantragt daher, die Unterbringung von Gewaltbetroffenen künftig als festen Bestandteil in Entwicklungsgespräche zum Geschosswohnungsbau aufzunehmen.

Michaela Blumberg, gleichstellungspolitische Sprecherin der SSW-Fraktion, betont:

„Der Schutz vor Gewalt scheitert in Flensburg immer öfter an der Wohnungsnot. Da Betroffene kaum eigenen Wohnraum finden, bleiben sie länger im Frauenhaus, wodurch Plätze für akute Notfälle blockiert werden. Ein Neubau des Frauenhauses allein wird dieses Problem nicht lösen. Wir müssen die Integration in eigenen Wohnraum durch Projekte wie ‚Frauen_Wohnen‘ oder ‚NeuStart‘ bereits in der Planungsphase von Bauprojekten strukturell verankern. Ein sicheres Zuhause ist die Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit.“

Die Initiativen sind eng mit der „Strategie Flensburg 2030+“ verknüpft. Eine Evaluation der Maßnahmen ist für den 1. Januar 2030 vorgesehen – exakt zwei Jahre vor der bundesweiten Gültigkeit des individuellen Rechtsanspruches auf Schutz und Beratung nach dem Gewalthilfegesetz. Damit will die SSW-Fraktion sicherstellen, dass Flensburg frühzeitig tragfähige Strukturen schafft, um den Schutzauftrag gegenüber allen gewaltbetroffenen Personen vollumfänglich zu erfüllen.